



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

ERWERBSMIGRATION NACH DEM EU-BEITRITT

- **ANALYSE**
Die polnisch-deutschen Migrationsbeziehungen: Gegenwart und Zukunft 2
Krystyna Iglicka, Warschau
- **TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT**
Statistiken zur polnischen Arbeitsmigration 6

- **CHRONIK**
Vom 19. Oktober bis zum 1. November 2010 8

Die polnisch-deutschen Migrationsbeziehungen: Gegenwart und Zukunft

Krystyna Iglicka, Warschau

Zusammenfassung

Im Folgenden werden Ausmaß, Ursachen und Konsequenzen der Migration der Polen nach dem EU-Beitritt (2004) unter besonderer Berücksichtigung der Erwerbsmigration nach Deutschland dargestellt. Auf der Grundlage der Trends, die im Migrationsverhalten der Polen in der Vergangenheit und Gegenwart festgestellt werden können, werden Schlussfolgerungen und Prognosen zur Migration nach Deutschland für die Zeit nach dem 1. Mai 2011 aufgestellt, dem Zeitpunkt, zu dem Deutschland seinen Arbeitsmarkt für Polen öffnet.

In den 1990er Jahren wurde die Migration in Polen vor allem durch die Systemtransformation hervorgerufen. Im Verlauf der Jahre sank sie erheblich, was zu der Annahme führte, dass sich Polen nun langsam von einem Land der Emigration in ein Land der Transitimmigration entwickle. Dies war allerdings nicht der Fall.

Die nach dem EU-Beitritt Polens im Jahr 2004 beobachtete Abwanderung aus Polen – sowohl die befristete als auch die dauerhafte Auswanderung – ist die größte Migrationswelle, die Polen in der gesamten Nachkriegszeit (mit Ausnahme einer kurzen Phase in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre) erlebt hat. Nach Schätzungen des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) für die Zeit von 2004 bis 2009 hielten sich 1 Mio. (2004) bis 2,27 Mio. (2007) Menschen zwecks Erwerbstätigkeit länger als drei Monate im Ausland auf. Im Jahr 2009 verzeichnete GUS einen Rückgang der polnischen Erwerbsmigranten und schätzte die Anzahl auf 1,87 Mio. Hervorzuheben ist dabei, dass nach derselben Quelle 70 % der Erwerbsmigranten aus Polen länger als ein Jahr im Ausland bleiben. Im Grunde sollten sie also als Residenten aufgefasst werden.

In Bezug auf die Kosten-Nutzen-Bilanz sowie die Konsequenzen, die sich aus der jüngsten Welle der Erwerbsmigration aus Polen ergeben, ist es schwierig, eindeutige Ergebnisse zu präsentieren. Zurzeit deutet es jedoch darauf hin, dass das Ausmaß der Abwanderung zur Folge hat, dass die negativen Konsequenzen der Migration, insbesondere auf einen längeren Zeitraum bezogen, den Nutzen überwiegen (wozu beispielsweise der Geldtransfer aus dem Ausland gehört), insbesondere, weil die Kosten-Nutzen-Rechnung davon abhängig ist, wieviel Prozent der Migranten nach Hause zurückkehrt. Obwohl sowohl polnische als auch ausländische Medien von einer massenhaften Rückkehr der Polen während der letzten Wirtschaftskrise sprachen, war erstens die Anzahl derer, die zurückkehrten, nicht groß, und handelte es sich zweitens hauptsächlich um eine befristete Rückkehr.

Eine Reihe von Analysen und Untersuchungen weist auf die Schwierigkeiten bei der Integration der rückkeh-

renden Migranten in den polnischen Arbeitsmarkt hin. Der unflexible Arbeitsmarkt, hohe Arbeitskosten und, damit einhergehend, niedrige Löhne und bürokratische Schwierigkeiten bei der Gründung einer eigenen wirtschaftlichen Existenz sind Faktoren, die junge Menschen mit Arbeitserfahrung und Auslandsaufenthalt nicht zur Rückkehr ermuntern.

Diese Meinung bestätigen die neuesten Daten des Labour Force Survey, die zeigen, dass nur ein geringer Prozentsatz von Polen während der Wirtschafts- und Finanzkrise aus Großbritannien nach Polen zurückkehrte und sich dieser marginale Trend auch schnell wieder umkehrte. Schon im ersten Halbjahr 2010 wird wieder eine steigende Anzahl von Polen in Großbritannien verzeichnet. Im ersten Halbjahr 2010 erreichte sie eines der höchsten Niveaus seit 2004, nämlich 537.000 Personen.

Konsequenzen für die Bevölkerungsstruktur

Was die Folgen der Abwanderung nach dem EU-Beitritt Polens betrifft, so muss unterstrichen werden, dass neben dem Rückgang der Geburtenrate die Migration der zweite Faktor für den tatsächlichen Bevölkerungsrückgang in Polen ist. Das negative Bevölkerungswachstum stieg von minus 0,01 % im Jahr 1997 auf minus 0,08 % im Jahr 2006 (GUS, 2008).

Zum Nutzen der Migration auf der Makroebene gehört eindeutig die Verringerung der sozialen Spannungen, die sich aus der schwierigen Lage am Arbeitsmarkt ergaben (Stichworte Lohnniveau und die Gefahr der Verarmung). Die Arbeitslosenquote sank von 20 % Anfang 2004 auf 11,5 % Anfang 2010. Es kann daher schwerlich davon gesprochen werden, dass der polnische Arbeitsmarkt darunter gelitten hat, dass ihm junge und ausgebildete Kräfte abhanden kamen. Vielmehr hätte der polnische Arbeitsmarkt die Scharen junger, neu hinzukommender Jahrgänge kurzfristig nicht aufnehmen können.

Eine andere Konsequenz aus der Abwanderung aus Polen nach 2004 sind jedoch die zum ersten Mal in der Geschichte Nachkriegspolens beobachteten perspektivischen Defizite auf dem Arbeitsmarkt (trotz permanent

hoher Arbeitslosigkeit). Diese verursachten, dass aufgrund des Drucks der Arbeitgeber eine Änderung des polnischen Immigrationsrechts vorgenommen wurde und eine schrittweise Öffnung hin zu den östlichen Nachbarn stattfand.

Das Phänomen massenhafter Abwanderung junger und ausgebildeter Menschen verursacht langfristig den Abfluss von Wissen und die Reduzierung des Humankapitals. Die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Transformation hatte einen erhöhten Bedarf an Wissen und entsprechenden Qualifikationen zur Folge. Dies schlug sich in einem ungewöhnlich dynamischen Anstieg der Studierendenzahlen in den letzten zwei Jahrzehnten nieder. 1991 studierten in Polen 374.000 Personen, 2006 waren es schon über 1,941 Mio. Dies bedeutet einen Anstieg von fast 520 %. Dieses dynamische Wachstum war dank der Entstehung privater Hochschulen möglich. Dabei ist allerdings die Verbindung zwischen dem Angebot der Hochschulen und dem Bedarf des gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitsmarktes schwach – daher auch, unter anderem, die große Emigration unter Hochschulabsolventen, die sich Wissen und Qualifikationen angeeignet haben und dennoch keine Arbeit nach Beendigung des Studiums in Polen finden. Neben der mangelnden Vereinbarkeit von Ausbildungsmarkt und Bedarf des Arbeitsmarktes bestimmte auch der demographische Faktor den Wegzug aus Polen. Anfang des 21. Jahrhunderts begann die Generation des demographischen Hochs aus der ersten Hälfte der 1980er Jahre auf den Arbeitsmarkt ihren Platz zu suchen.

Die Abwanderung ausgebildeter und junger Menschen wird in relativ kurzer Zeit ernstzunehmende Konsequenzen für die demographische Situation in Polen haben. Die Migrationsforscherinnen Zofia Kostrzewa und Dorota Szaryty schrieben 2009: »Einen wesentlichen Einfluss auf die demographische Situation Polens hat und wird weiterhin die Auslandsmigration haben, insbesondere die beträchtliche Emigration. Da viele Migranten dauerhaft im Ausland bleiben, verringert sich die Bevölkerungszahl in Polen. Es emigrieren vor allem junge Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren, die ihre Pläne, eine Familie zu gründen, im Ausland realisieren.« Eine weitere Gefahr für die Lage und die Struktur der Bevölkerung Polens ergibt sich aus der befristeten Migration. Dazu die genannten Autorinnen: »Wenn die Altersstruktur aller Personen, die sich im Ausland aufhalten (nach Schätzungen von GUS 2,27 Mio.), die gleiche wäre wie die Altersstruktur der Bevölkerung, die sich im Ausland aufhält und ihre Ausreise in den Einwohnermeldeämtern gemeldet hat, würde sich zeigen, dass jeder vierte Pole im Alter von 20 bis 29 Jahren im Ausland lebt.«

Die sozialen Folgen

Eine weitere Frage verbindet sich mit den sozialen Kosten des Abwanderungsprozesses, als da wären die Trennungen in den Familien, der Zerfall von Familien sowie die Schwächung der Wachstumsdynamik mancher Regionen durch die Schwächung der sozialen Netzwerke. In den vergangenen Jahren entstand im Mediendiskurs über die Auswirkungen der Migration der Terminus »Euro-Waisen«, das sind Kinder, die in Kinderheime gegeben werden, weil ihre Eltern oder ein Elternteil im Ausland arbeiten. Die Medien berufen sich auf Daten, wonach es bereits 150.000 dieser »Euro-Waisen« in Polen gibt. Da es allerdings nicht möglich ist, dieses Phänomen korrekt zu schätzen, sollte diese Zahl meiner Meinung nach mit großer Vorsicht behandelt werden. Eine Untersuchung, von Februar/März 2008, die vom Büro des Beauftragten für die Rechte des Kindes in Auftrag gegeben wurde, zeigt, dass die Anzahl eventuell auf einem viel niedrigeren Niveau oszilliert, nämlich 10–15.000 Schüler, doch auch dies ist für sich genommen beunruhigend.

Der Geldtransfer aus der Migration ist eines der Positiva der Bevölkerungsabwanderung zwecks Arbeitssuche im Ausland. Nach einem Bericht des Wirtschaftsministeriums (2007) erreichte der Transfer der Einkünfte polnischer Emigranten im Jahr 2005 1 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das sind 3 % des Exports und 30 % des Jahresdurchschnitts der Einnahmen aus ausländischen Direktinvestitionen nach Polen in den Jahren 2004 bis 2005. Dieser Transfer kann also kurzfristig einen Rückgang ausländischer Direktinvestitionen nivellieren. Langfristig jedoch, darauf weist die Migrationstheorie hin, beginnen Erwerbsmigranten ihr Denken umzustellen – von den im Heimatland Verbliebenen auf das Leben im Aufnahmeland, was unter anderem einen Rückgang der Höhe des Transfers nach sich zieht.

Der finanzielle Transfer

Nach Schätzungen der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) haben die Emigranten 2007 über 20 Mrd. Złoty nach Polen transferiert. Dies waren 2,8 Mrd. Złoty mehr als der Transfer im Jahr 2006 und über zweimal so viel wie im Jahr 2004. Die größte Summe, bis zu 5 Mrd. Złoty, haben polnische Emigranten aus Großbritannien überwiesen. Auf Platz 2 liegt Irland mit 4,6 Mrd. Złoty. Deutschland, das 2005 noch den ersten Platz auf der Transferskala einnahm, fiel auf den dritten Platz zurück. Nach Angaben der NBP geht die Bedeutung der USA zugunsten weiterer EU-Länder zurück. Die wichtigsten sind Italien, die Niederlande, Frankreich und Norwegen.

Wie aus dem erwähnten Bericht des Wirtschaftsministeriums (2007) hervorgeht, stieg der Umlauf von

Bargeld (außerhalb der Kassen der Banken) von 50 auf 67 Mrd. Zloty in der Zeit von Mai 2004 bis Oktober 2006. Da die Geldanlagen der Bevölkerung in dieser Zeit gleich geblieben sind, stellen die Autoren des Berichts die These auf, dass die Hauptursache dieses Anstiegs die Erhöhung der Menge an Fremdwährung ist, die in Wechselstuben in Zloty getauscht wird. In der Struktur des von Banken getätigten Ankaufs von Fremdwährungen – Verkäufer waren sowohl Privatpersonen als auch Wechselstuben – ist ein deutlicher Anstieg des Anteils an Britischen Pfund festzustellen. Im Jahr 2004 betrug der Ankauf dieser Währung nur 6 % des Gesamtwertes der angekauften Währungen, was 401 Mio. Zloty ausmachte. 2005 lag der Wert des Ankaufes von Britischen Pfund bei 761 Mio. Zloty, was schon 12 % des Gesamtwertes der angekauften Valuta waren. Im ersten Halbjahr 2006 waren es schon 15 % (541 Mio. Zloty). Betrachtet man die Effekte des Geldtransfers, muss auch auf diese negative Wirkung hingewiesen werden: Wissenschaftler, die den Einfluss der Transfers aus der Migration auf das ökonomische Verhalten und die ökonomischen Strategien der Haushalte untersuchten, beobachteten, dass die Familien der Migranten im Heimatland anfangen, ihre Berufs- und Erwerbsaktivität einzuschränken und sich darauf verlassen, dass die Transfers ihr Dasein sichern. Dies kann im Ergebnis zu wirtschaftlicher Stagnation, insbesondere im regionalen Rahmen führen.

Die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes

Die Folgen der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für polnische Arbeitnehmer im Mai 2011 bleiben hinsichtlich des Ausmaßes der Abwanderung sowie der strukturellen und qualitativen Merkmale eine große Unbekannte. Im Folgenden stelle ich Argumente vor, die mich schlussfolgern lassen, dass die Abwanderung aus Polen nach Mai 2011 erheblich sein wird, mit anderen Worten, dass Polen eine neue Emigrationswelle erwartet.

In Untersuchungen zur Migration wird eine Reihe von Faktoren betrachtet, die für das Ausmaß und den Charakter der Migration von Bedeutung sind. Dies sind die geografische Nähe, Lohnunterschiede, das unterschiedliche Entwicklungsniveau der betreffenden Länder, die Vertrautheit mit dem Arbeitsmarkt im Ziel-land und das Netzwerk zwischen den betreffenden Ländern. In den polnisch-deutschen Migrationsbeziehungen sind alle diese Faktoren gegeben. Mehr noch: Aus Literatur und Praxis ist bekannt, dass in den Situationen, in denen diese Faktoren zusammenwirken, sie die Rolle des Beschleunigers für den Migrationsprozess annehmen. Bis zum Jahr 2004 war Deutschland das Land, das die meisten polnischen Migranten aufnahm; nach 2004 fiel es auf Platz 2 zurück, aber trotz

des geschlossenen Arbeitsmarktes arbeiten in Deutschland Jahr für Jahr ca. 400.000 Polen, vor allem zeitlich befristet, als Saisonarbeiter, als Selbstständige oder in der wirtschaftlichen Grauzone. Dabei muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass nach 2004 die Emigration nach Deutschland deutlich anstieg. Der Arbeitsmarkt ist also gut bekannt, in Deutschland leben Verwandte und Bekannte und die Lohnunterschiede sind für manche Tätigkeiten außergewöhnlich groß. Des Weiteren ist in diesem Kontext die bereits fünfte und neueste Untersuchung der Lebensbedingungen und -qualität der Polen wesentlich, die die *Diagnoza Społeczna 2009* (Soziale Diagnose 2009) darstellt. Daraus geht hervor, dass sich im Jahr 2009 zum ersten Mal seit 2004 die Migrationspräferenzen der Polen verändert haben. Auf dem ersten Platz der bevorzugten Länder für Erwerbsmigration lag mit 30,4 % der Befragten Deutschland. Großbritannien lag mit 26 % auf Platz 2. So ist also Deutschland, das wichtigste Land für die Migrationsbewegung der Polen in der Vor-Beitrittsphase, auf die erste Position zurückgekehrt. Großbritannien und Irland haben Hunderttausende von polnischen Arbeitnehmern absorbiert und sind gegenwärtig, so scheint es, nicht in der Lage weitere aufzunehmen. Die Polen aber suchen weiterhin Arbeit im Ausland.

Dies ist nur die Angebotsseite. Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass in der Migrationsrechnung die Nachfrageseite eine ebenso wesentliche Rolle spielt. Gäbe es den Bedarf auf der deutschen Seite nicht, wäre unser Problem kleiner. Aber die Deutschen brauchen die polnischen Arbeitnehmer. Deutschland kam in einer ordentlichen wirtschaftlichen Konstitution aus der Krise, die Arbeitslosigkeit sinkt, und für das kommende Jahr wird ein ansehnlicher Anstieg des BIP erwartet. Darüber hinaus altert die deutsche Gesellschaft, was bedeutet, dass es einen großen Bedarf an Arbeitskräften geben wird.

Hinzuweisen ist auch auf die Ergebnisse des *Polish Migration Project* (PMP), einer Untersuchung, die im Jahr 2005 von einem der renommiertesten Migrationsforscher, Douglas Massey, durchgeführt wurde. Amerikanische, deutsche und polnische Wissenschaftler verglichen das Migrationsverhalten und die Migrationsstrategie von Einwohnern Mexikos und Polens. Für Mexiko wurde die Migration in die USA analysiert und für Polen die nach Deutschland. Die gesammelten Daten erlauben es, beide Länder miteinander zu vergleichen.

Für Polen zeigte sich, dass sich zwischen zwei untersuchten Phasen der Anteil der Stadtbewohner, die Erfahrungen mit der Migration nach Deutschland hatten, nicht geändert hat. Allerdings stieg die Prozentzahl der Dorfbewohner, die nach 2004 begannen, Migrationserfahrungen mit Deutschland zu machen. Demnach

verlagerte sich das hohe Migrationsrisiko aus den städtischen in die ländlichen Regionen. Nach Meinung der Autoren dieser Untersuchung ist der Anstieg der Prozentzahl der nichtbeschäftigten ländlichen Bevölkerung einer der wichtigsten Faktoren, der diese Bevölkerung ins Ausland drängt.

Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, die vollständigen und ungeheuer faszinierenden Ergebnisse des Polish Migration Project darzulegen. Die meiner Meinung nach wichtigste Beobachtung dieser Untersuchung ist folgende: Die Autoren haben nachgewiesen, dass die Veränderungen des Wirtschaftsmodells in beiden untersuchten Ländern (Polen und Mexiko) sehr großen Einfluss darauf haben, dass die Wahrscheinlichkeit von Migration in den untersuchten lokalen Gesellschaften steigt. Außerdem wurde gezeigt, dass einmal begonnene Migrationen andauern, manchmal schwächt sich ihre Dynamik ab, manchmal steigt sie plötzlich, aber grundsätzlich sind sowohl Mexiko als auch Polen Länder, die dauerhaft Migranten schicken.

Ausblick

Migrationen sind ein selektiver Prozess, der zumindest in der Anfangsphase relativ gut ausgebildete, qualifizierte, produktive und hochmotivierte Menschen aus der heimischen Gesellschaft ins Ausland entlässt. Dies führt zur Reduzierung des Humankapitals in den Herkunftsregionen und seiner Akkumulierung in den aufnehmenden Regionen, wo die Produktivität der Arbeitskraft angehoben wird, während diese in den Herkunftsländern sinkt. Dies wiederum führt zu steigender Stagnation in letzteren und schließlich zu einem Anstieg der Migration. Diese Hypothese wird auch von der Migrationsforscherin Krystyna Romaniszyn bestätigt, die den Abfluss der Arbeitskraft nach dem EU-Beitritt Polens analy-

siert und schreibt: »Der dauernde Verlust von Humankapital dient nicht der gleichmäßigen Entwicklung des Landes, im Gegenteil wird er den Zustand der Marginalisierung und der fehlenden Entwicklung in den Abwanderungsregionen vertiefen. Er verstetigt außerdem den Status Polens als halbperipheres EU-Mitglied und Emigrationsland.«

Wie wird Polen die nächste Migrationswelle verkraften? Die, die bisher als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft gearbeitet haben, kehrten nach drei Monaten nach Polen zurück, lebten von ihrem gesparten Lohn, verdienten ein bisschen dazu und warteten auf die nächste Saison. Jetzt werden sie beginnen, ihre Aufenthalte in Deutschland zu verlängern, und langsam ihre Familien nachholen. Da wir eine niedrigere Arbeitslosenquote als vor sechs Jahren haben, werden diejenigen emigrieren, die Arbeit haben. Die polnischen Betriebe werden also schneller den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zu spüren bekommen.

In manchen Regionen wird die nächste Migrationswelle die Armut und die Lethargie noch verstärken. Aus Polen B (den östlichen und nordöstlichen Regionen Polens, in die weniger investiert worden ist) emigrieren sechs Jahre lang die mutigsten und dynamischsten. Außerdem wird die nächste Migrationswelle die ohnehin schon schwierige demographische Situation verschlechtern. Nach Prognosen von Eurostat wird sich die Bevölkerung von derzeit 38 Mio. Polen auf nur 31 Mio. im Jahr 2060 verringern. Dabei berücksichtigen diese Prognosen noch nicht einmal die Migration und das Problem der alternden Gesellschaft sowie den Geburtenrückgang. Vor Polen wird kein anderer Weg liegen, als sich Immigranten zu öffnen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über die Autorin

Prof. Dr. hab. Krystyna Iglicka, Ökonomin und Expertin für Gesellschaftsdemographie, ist Professorin an der Ryszard-Łazarski-Hochschule für Handel und Recht in Warschau sowie Expertin der polnischen Regierung für Migrationsangelegenheiten. Mehrjährige Hochschultätigkeit an europäischen und US-amerikanischen Hochschulen.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

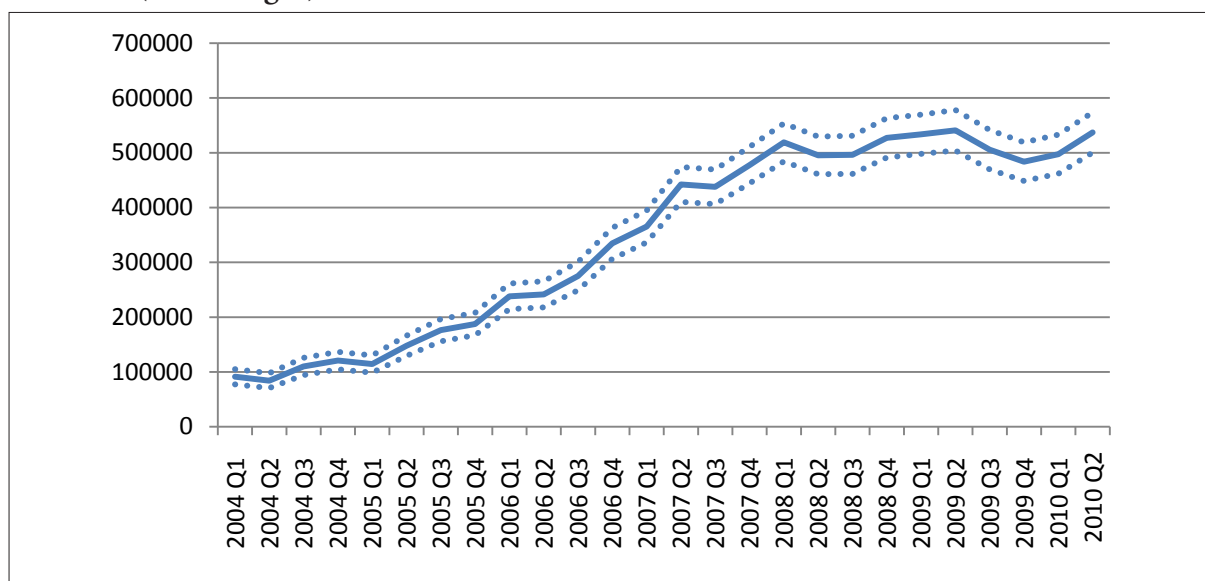
Statistiken zur polnischen Arbeitsmigration

Tabelle 1: Anzahl der Emigranten aus Polen, befristeter Aufenthalt

	2002	2004	2005	2006	2007	2008	2009
insgesamt	786.000	1.000.000	1.450.000	1.950.000	2.270.000	2.210.000	1.870.000
Europa	461.000	770.000	1.200.000	1.610.000	1.925.000	1.887.000	1.635.000
darin:							
Großbritannien	24.000	150.000	340.000	580.000	690.000	650.000	555.000
Irland	2.000	15.000	76.000	120.000	200.000	180.000	140.000
Deutschland	294.000	385.000	430.000	450.000	490.000	490.000	415.000

Quelle: Główny Urząd Statystyczny (GUS) [Statistisches Hauptamt], verschiedene Jahre, Zusammenstellung der Autorin

Grifik 1: Die polnische Bevölkerung in Großbritannien, Quartalsdaten 2004–2010 (Schätzungen)



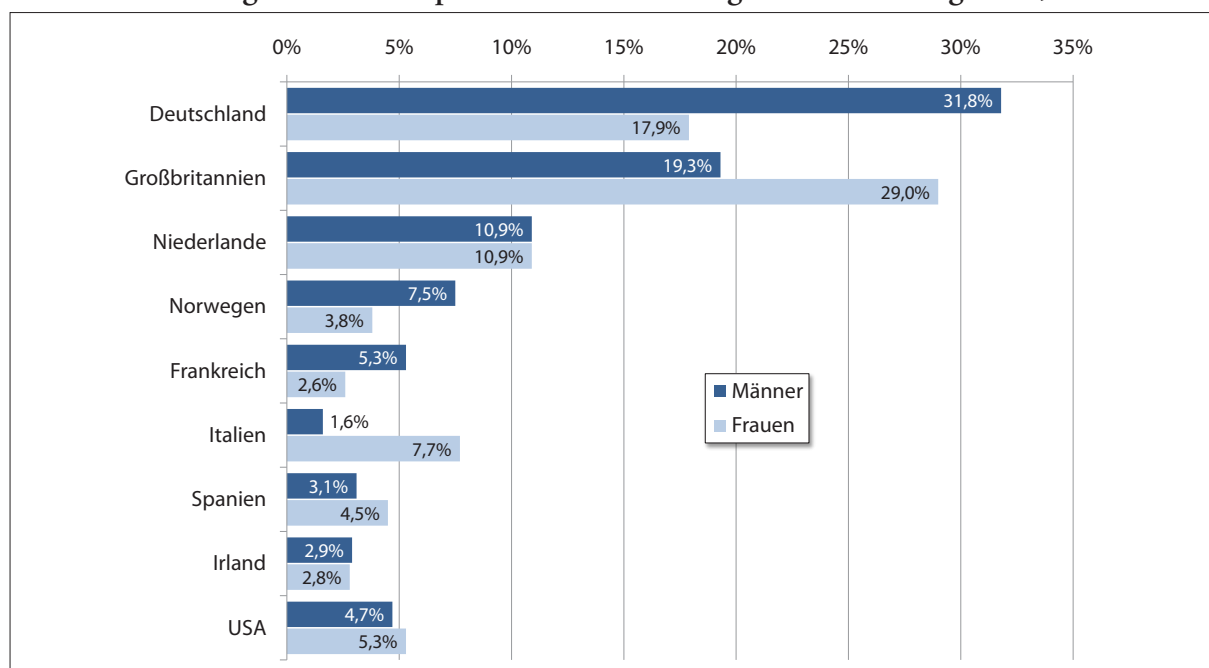
Quelle: Labour Force Survey, verschiedene Jahre

Tabelle 2: Polnische Migranten nach Ausbildung, Alter und Wohnort im Vergleich zur Bevölkerung (%)

	Migranten 2005–2007	Migranten 2005–2009	Bevölkerung 2009
Ausbildung			
Höhere	16,9	20,0	19,9
Mittlere	37,7	37,3	30,4
Berufsgrundschule	37,2	35,7	32,9
Grundschule	8,2	7,0	16,8
Alter			
unter 24 Jahre	19,9	28,7	20,5
25–34	36,8	32,9	18,9
35–44	21,9	21,5	15,0
45–59	20,6	15,9	26,5
60–64	0,7	0,8	4,6
65 und älter	0,2	0,2	14,6
Wohnort			
Stadt:			
über 500.000 E	5,4	12,9	12,2
200–500.000 E	11,3	11,0	11,1
100–200.000 E	5,4	6,5	7,0
20–100.000 E	17,6	16,1	19,1
unter 20.000 E	14,3	16,8	13,0
Dorf	45,9	36,8	37,4

Quelle: *Diagnoza Społeczna [Soziale Diagnose]*, hrsg. von Janusz Czapiński und Tomasz Panek. Warszawa: Rada Monitoringu Społecznego 29.11.2009. www.diagnoza.com

Grafik 2: Bevorzugte Länder der polnischen Bevölkerung für Erwerbsemigration, 2009



Quelle: *Diagnoza Społeczna [Soziale Diagnose]*, hrsg. von Janusz Czapiński und Tomasz Panek. Warszawa: Rada Monitoringu Społecznego 29.11.2009. www.diagnoza.com

CHRONIK

Vom 19. Oktober bis zum 1. November 2010

19.10.2010	In Lodz (Łódź) verübt ein 62jähriger Mann aus Tschenstochau (Częstochowa) einen Anschlag auf das Parteibüro von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS). Dabei wird Marek Rosiak, Mitarbeiter des PiS-Europaabgeordneten Janusz Wojciechowski, erschossen. Paweł Kowalski, der Assistent des PiS-Abgeordneten im Sejm Jarosław Jagiełło, wird durch Messerstiche schwer verletzt. Kaczyński führt den Anschlag auf die »Hasskampagne« gegen PiS zurück, an der sich die Regierungspartei Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Medien seit Jahren angeblich beteiligen. Ministerpräsident Donald Tusk (PO) erklärt, alles weise darauf hin, dass es sich um einen politischen Anschlag, den ersten im demokratischen Polen, handele. Dies sei der letzte Moment, die Temperatur der politischen Konflikte auf ein normales Niveau zu reduzieren.
20.10.2010	Nach dem Anschlag auf das Parteibüro von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) am Vortag in Lodz (Łódź) warnt der Parteivorsitzende von PiS, Jarosław Kaczyński, dass die polnische Demokratie ernsthaft bedroht sei. Er kündigt an, dass PiS die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragen werde.
21.10.2010	Auf der Landesversammlung der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarność (Niezależny Samorządny Związek Zawodowy – NSZZ Solidarność) in Breslau (Wrocław) wird der Vorsitzende der regionalen Solidarność von Schlesien-Dąbrowa, Piotr Dudek, zum Vorsitzenden des Gesamtverbands gewählt. Er löst damit Janusz Śniadek ab. Dudek unterstreicht, dass die Gewerkschaft ihre Informationspolitik ändern müsse; statt zu klagen, solle die Landeskommission (Komisja Krajowa) Positives herausstellen. Medienvertretern sollte als Verbündeten, nicht als Gegnern begegnet werden. Zu den Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Politik erklärt Duda, die Frage sei nicht, ob Solidarność politisch sein solle, sondern in welcher Weise. Am nächsten stehe ihr das Programm der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), das jedoch von der Partei selbst unterschieden werden müsse. Dudek ruft die Gewerkschaftsmitglieder auf, sich in unterschiedlichen Parteien und Wahlkomitees zu engagieren, um die Politik in den Selbstverwaltungen mitzubestimmen.
22.10.2010	Im Sejm werden vier Gesetzesentwürfe zur In-vitro-Fertilisation diskutiert. Diese Methode wird in Polen seit ca. 20 Jahren angewandt, jedoch drohen Strafen seitens der EU, da sie nicht den EU-Normen entsprechend geregelt ist.
22.10.2010	In einer offiziellen Stellungnahme zeigt sich das Außenministerium besorgt über die Entwicklung der polnisch-litauischen Beziehungen. Polen könne den fehlenden Respekt gegenüber der polnischen Minderheit in Litauen nicht akzeptieren. Vorangegangen waren u. a. Vorwürfe des litauischen Außenministeriums, dass die polnische Seite falsche Informationen über die Situation der polnischen Minderheit in Litauen verbreite.
24.10.2010	Auf einer Wahlkampfveranstaltung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in Landsberg (Gorzów Wielkopolski) zu den Selbstverwaltungswahlen im November erklärt der Parteivorsitzende Jarosław Kaczyński, PiS sei für eine Politik der ausgewogenen Entwicklung aller Regionen in Polen, während die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) sich auf die Großstädte konzentriere und eine polarisierende Politik verfolge. Am Vortag hatte Kaczyński in Stettin (Szczecin) appelliert, einen Sonderfonds zur Unterstützung von Westpommern einzurichten, da die Region von Arbeitslosigkeit und schlechter Infrastruktur gekennzeichnet sei.
25.10.2010	In einem Radiointerview spricht sich der Minister für Europäische Angelegenheiten, Mikołaj Dowgielewicz, dafür aus, dass den EU-Mitgliedsländern eingeräumt wird, die Kosten durchgeführter Rentenreformen aus dem Haushaltsdefizit herauszurechnen. Auf diese Weise solle zur Durchführung von Strukturreformen ermuntert werden. Der polnische Vorschlag soll auf dem EU-Gipfel in der laufenden Woche vorgestellt werden.
27.10.2010	Der polnische Episkopat ruft die Gläubigen in einem Brief zum Gebet dafür auf, dass die Sejm-Abgeordneten bei der Abstimmung gegen das In-vitro-Fertilisations-Gesetz stimmen.
28.10.2010	An der Beisetzung von Marek Rosiak, des in der vergangenen Woche in Lodz (Łódź) ermordeten Mitarbeiters eines Europaabgeordneten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), nehmen Staatspräsident Bronisław Komorowski, der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński, die Fraktionschefs sowie zahlreiche Parlamentarier teil. Während der Messe verleiht Komorowski Rosiak posthum das Kavalierskreuz des Ordens der Wiedergeburt Polens (Krzyż Kawalerski Orderu Odrodzenia Polski).
28.10.2010	Der russische Außenminister Sergei Lawrow beginnt einen offiziellen Besuch in Polen. Nach einem Treffen mit seinem polnischen Amtskollegen Radosław Sikorski kündigt dieser an, dass in beiden Ländern ein Zentrum für Dialog und Verständigung entstehen werde. Des Weiteren soll noch in diesem Jahr ein moderner Grenzübergang zwischen Polen und der Oblast Kaliningrad geöffnet werden. Sikorski spricht sich dafür aus, nicht nur das Kaliningrader Gebiet, sondern auch eine der größeren Städte in der Woiwodschaft Ermland-Masuren in den Kleinen Grenzverkehr einzubeziehen. Beide Minister heben hervor, dass die Aufklärung der Flugzeugkatastrophe von Smolensk im April von Experten auf beiden Seiten unterstützt wird.

29.10.2010	Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak und der russische stellvertretende Ministerpräsident Igor Setschin unterzeichnen in Warschau (Warszawa) den polnisch-russischen Vertrag über Gaslieferungen aus Russland. Nachdem die Europäische Kommission die mögliche Monopolstellung des russischen Konzerns Gazprom kritisiert hatte, war der Vertrag entsprechend neu ausgehandelt worden. Die aktuelle Version lag der Europäischen Kommission entgegen deren ausdrücklichem Wunsch vor Unterzeichnung nicht vor.
29.10.2010	Maciej Popowski wird stellvertretender Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes bei der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton und ist dort für inter-institutionelle Angelegenheiten zuständig. Popowski ist bislang Kabinettschef des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek.
01.11.2010	Am katholischen Feiertag Allerheiligen sind 15.000 Polizeibeamte aufgrund des verstärkten Verkehrsaufkommens verbunden mit der Gefahr von Unfällen im Einsatz. Traditionell besuchen viele Polen an diesem Tag die Gräber ihrer Angehörigen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Gefördert durch:



Auswärtiges Amt

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf
bpb.de



Bundeszentrale für
politische Bildung

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der knapp 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2010 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen